

Der Vorsitzende

Hamm, 14. November 2006

## Presseerklärung

Die im Deutschen Richterbund – NRW – organisierten Richter und Staatsanwälte haben mit einem heute an den Ministerpräsidenten gerichteten Offenen Brief gegen die Absicht der Landesregierung protestiert, die Besoldung im Jahr 2007 lediglich mit einer Einmalzahlung von 350,- € anzupassen.

Die Besoldung der Richter und Staatsanwälte des Landes ist in der Zeit von 1992 – 2005 lediglich um 17 % erhöht worden; demgegenüber liegt die Inflationsquote bei 32 %. Nach einer nun veröffentlichten Studie des Europarates verdienen als Folge dieser Politik in den Eingangämtern – bezogen auf das Durchschnittseinkommen des jeweiligen Landes – in den 47 untersuchten Staaten Europas nur die schwedischen Richter und die Staatsanwälte aus Moldawien weniger als ihre Kollegen in Deutschland. In den Beförderungämtern belegt Deutschland völlig unangefochten den letzten Platz.

Der Landesvorsitzende des Deutschen Richterbundes NRW, ROLG Jens Gnisa, hierzu:

„Die Besoldung der Richter und Staatsanwälte in NRW ist im internationalen Vergleich beschämend gering. Die Absicht der Landesregierung, eine Einmalzahlung von 350,- € zu leisten, belegt einmal mehr, dass offensichtlich das Alimentationsdurch das Almosenprinzip ersetzen werden soll. Dieses Lohndumping wird von den Richtern und Staatsanwälten des Landes nicht weiter widerstandslos hingenommen. Der Deutsche Richterbund fordert eine Besoldung, die internationalen Vergleichen Stand hält.“

Bei Nachfragen wenden Sie sich bitte an: ROLG Jens Gnisa 0171/3426655

Der Deutsche Richterbund - Landesverband Nordrhein-Westfalen – ist mit 2.800 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.